

Antrag

der Abgeordneten Rüdiger Lucassen, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Podolay, Berengar Elsner von Gronow, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Lothar Maier, Jan Ralf Nolte, Gerold Otten, Dr. Robby Schlund und der Fraktion der AfD

Einsatz in Mali sofort beenden und alle Soldaten nach Hause holen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach dem Militärputsch in Mali am 18. August 2020 ist der bisherige Kooperationspartner der Bundesrepublik Deutschland, die legitime und völkerrechtlich anerkannte Regierung der Republik Mali, weggefallen.

Es ist die erklärte Absicht der Militärjunta, nicht zur politischen Versöhnung und Beilegung ethnischen und sozioökonomischen Verwerfungen beizutragen, sondern im Gegenteil den politisch zu lösenden Konflikt noch zu verschärfen. Ein solcher Konfrontationskurs ist zum Scheitern verurteilt. Ihn mitzutragen wäre unverantwortlich.

Der Putsch von Offizieren der malischen Armee am 18. August 2020 und die Installation einer Militärjunta (www.tagesschau.de/ausland/mali-praesident-freilassung-101.html) hat die innenpolitische Lage in Mali fundamental verändert. Die Putschisten erklärten, zumindest drei Jahre an der Macht verbleiben zu wollen (www.tagesschau.de/ausland/mali-junta-101.html), eine Rückkehr zu demokratischen Strukturen wird es in Mali somit auf absehbare Zeit nicht geben.

II. Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag widerruft die Zustimmung zu dem Einsatz der bewaffneten Streitkräfte gemäß § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes zu den Einsätzen EUTM Mali und MINUSMA und fordert die Bundesregierung auf, die in Mali stationierten Soldaten der Bundeswehr unverzüglich nach Hause zu holen.

Berlin, den 8. September 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Das Engagement der Bundeswehr in Mali im Rahmen der Mandate EUTM Mali und MINUSMA dient in erster Linie dem Schutz und der Unterstützung der Missionen selbst sowie der Ausbildung und Beratung der malischen Armee. Die malische Armee ist derzeit jedoch Träger des Staatsstreiches. Die Unterstützung der den Putsch tragenden Streitkräfte Malis durch die Bundeswehr ist mit deutschen Interessen und einer wertebundenen Politik eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats unvereinbar und daher umgehend zu beenden.